

Thüringer Kommunen erhalten zusätzliche Finanzhilfen

Von Frank Kuschel

Die Thüringer Kommunen, die sich wegen der verfehlenden CDU-Politik der vergangenen Jahre in einer finanziellen Schieflage befinden, können in diesem Jahr mit zusätzlichen 100 Millionen Euro vom Land rechnen. Damit können zwar nicht alle Probleme der Gemeinden, Städte und Landkreise gelöst werden, aber die Mittel haben durchaus eine wichtige Brückenfunktion ins nächste Jahr.

Rot-Rot-Grün will bekanntlich für die Zeit ab 2016 den kommunalen Finanzausgleich, also die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, völlig neu ordnen. Dieser Finanzausgleich ist für die Kommunen in Thüringen bedeutsam. Fast 60 Prozent der Gesamteinnahmen der Thüringer Kommunen sind Landeszuweisungen.

Kommunale Forderungen nach zusätzlichen Finanzmitteln sind berechtigt

Die Kommunen fordern vom Land 200 Millionen Euro zusätzlich. Jetzt kommen vom Land zunächst 102 Millionen Euro mehr. Allerdings profitieren die Kommunen auch davon, dass die neue Landesregierung, anders als die bisherige CDU-geführte, den Kommunen Zuweisungen des Bundes und Steuermehreinnahmen nicht anrechnet und die Landeszuweisungen entsprechend kürzt. Hier kommen weit über 120 Millionen Euro zusammen. Dieses Geld haben somit die Thüringer Kommunen in diesem Jahr ebenfalls vollständig zusätzlich zur Verfügung. Kommunen, denen finanziell das Wasser bis zum Hals steht, sind die indirekte Finanzunterstützungen jedoch nur schwer vermittelbar. In einer solchen Situation sind auch emotional überzogene Reaktionen einzelner Bürgermeister und Landräte verständlich.

Fast jede zehnte Gemeinde hatte im vergangenen Jahr keinen Haushalt. Jede zweite Gemeinde konnte dabei den Haushalt nur durch Entnahmen aus den Rücklagen ausgleichen. Jede vierte Gemeinde hat aber zwischenzeitlich gar keine derartigen Rück-



Ortstermin mit Staatssekretär Dr. Klaus Rühl am Bahnhof Arnstadt

Foto: WKB Kuschel

lagen mehr. Und jede siebente Gemeinde hat inzwischen ein Haushalts-sicherungskonzept und unterliegt damit einer verschärften Finanzaufsicht des Landes.

Thüringer Kommunen von Landeseinnahmen abhängig

Die kommunalen Steuereinnahmen steigen zwar, sind aber im bundesweiten Vergleich immer noch viel zu niedrig. Nicht einmal ein Viertel der kommunalen Einnahmen können aus eigenen Steuern erwirtschaftet werden. Die Steuerschwäche der Kommunen steht im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsniveau und den Einkommensverhältnissen. Die Gewerbesteuer und der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer sind die wichtigsten kommunalen Steuerarten. Nur 15 Prozent der Unternehmen zahlen aber derzeit Gewerbesteuer. Die geringen Einkommen führen ebenfalls zu geringen gemeindlichen Steuereinnahmen. Wegen dieser Steuerschwäche sind die Thüringer Kommunen besonders auf verlässliche Landeszuweisungen angewiesen.

40 Millionen Euro Investitionspauschalen für Städte und Gemeinden

Rot-Rot-Grün hat sich zunächst darauf geeinigt, den Städten und Gemeinden zusätzlich 40 Millionen Euro an allgemeinen Investitionspauschalen zu zahlen. Pro Einwohner sind das rund 18,50 Euro. Dieses Geld erhalten alle Städte und Gemeinden unabhängig von ihrer konkreten Finanzlage. Welche Investitionen dabei die Städte und Gemeinden finanzieren, entscheiden sie selbst. Zusätzliche Eigenmittel sind dabei nicht erforderlich. Kommunen ohne Haushalt oder konkrete Investitionsvorhaben können diese Gelder auch für laufende Ausgaben im Verwaltungshaushalt ausgeben. Diese Flexibilisierung hatten die beiden kommunalen Spitzenverbände ausdrücklich eingefordert.

36 Millionen Euro Investitionsmittel für Schulen

Die Schulträger, das sind meist die Landkreise und kreisfreien Städte, erhalten 36 Millionen Euro zusätzliche Finanzmittel für Investitionen an Schulen. Auch hier sind keine weiteren Eigenmittel erforderlich. Falls diese Mittel nicht für Schulinvestitionen eingesetzt werden können oder die betreffenden Schulträger keinen Haushalt haben, können diese Mittel

ebenfalls für laufende Ausgaben im Verwaltungshaushalt verwendet werden. Über diesen Weg wollen einige Landkreise die Kreisumlage senken, um so die kreisangehörigen Städte und Gemeinden finanziell zu entlasten. Die müssen ab 2015 über 40 Millionen Euro mehr an die Landkreise als Kreisumlage zahlen, ohne dass sich etwas an den gemeindlichen Einnahmen verändert hätte. Dies ist die Folge von Veränderungen bei der Berechnung der Umlagekraft. CDU und SPD hatten das bereits 2011 beschlossen, es trat erst zum 1. Januar 2015 in Kraft.

Noch mehr Mittel für Bedarfszuweisungen

Weil viele Thüringer Kommunen in einer finanziellen Schieflage sind, brauchen sie zunehmend zusätzliche Landeszuweisungen. Diese sogenannten Bedarfszuweisungen sollen das Überleben dieser Gemeinden sichern. Bevor die betroffenen Kommunen derartige zusätzliche Bedarfszuweisungen erhalten, müssen sie ein Haushaltssicherungskonzept beschließen, das durch die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde bestätigt werden muss.
... weiter auf Seite 2

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Herzlich willkommen!
LINKE-Fraktion im Stadtrat von Jena betreibt aktive Flüchtlingspolitik

Seite 3:

Sich Einmischen gefordert:
Kommunaler Initiativpreis ehrt auch 2015 Engagement in den Kommunen

Seite 4:

Wohnungspolitik und Pressearbeit
Aktuelle Veranstaltungen und Publikationen des KOPOFOR

... Fortsetzung von Seite 1

Die Kommunen müssen dabei den Nachweis erbringen, dass sie selbst alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft und die Ausgaben auf das Notwendigste begrenzt haben. Rund 120 Thüringer Kommunen sind in der Haushaltssicherung. Um hier den steigenden Bedarf abzudecken, werden die Mittel für die Bedarfszuweisungen nochmals um 18 Millionen Euro aufgestockt.

Viele Gemeinden, die derzeit in der Haushaltssicherung sind, können sich aus eigener Kraft nicht sanieren. Ein Ausweg wären hier Gemeindeumgliederungsmaßnahmen, die derzeit aber nur freiwillig umsetzbar sind. Diese Entwicklung zeigt, wie notwendig der Einstieg in eine Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen ist.

Land übernimmt kommunale Eigenmittel für Bundesinvestitionsprogramm

Der Bund will vom 1. Juli 2015 an bis 2018 ein Investitionsprogramm für notleidende Gemeinden auf den Weg bringen. Für Thüringen stehen dabei rund 84 Millionen Euro zur Verfügung. Die notwendigen kommunalen Eigenmittel in Höhe von rund neun Millionen Euro übernimmt dabei das Land. Dadurch brauchen die Kommunen keine Eigenmittel aufzubringen, um die Bundesmittel in Anspruch nehmen zu können. Die Mittel sollen steuerkraftabhängig ausgereicht werden. Das heißt, dass steuerschwache Kommunen mehr Mittel erhalten, als steuerstarke Kommunen.

Strittig ist noch die Verteilung der Mittel zwischen den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Bisher ist vorgesehen, dass die Städte und Gemeinden rund 57 Prozent der Mittel erhalten, die Landkreise 43 Prozent. Der Gemeinde- und Städtebund fordert den Anteil für die Städte und Gemeinden hier zu erhöhen. In der Folge würden jedoch dann die Landkreise weniger erhalten.

Debatte zum neuen kommunalen Finanzausgleich ab 2016 ist eröffnet

Bereits jetzt läuft die Debatte zum neuen Finanzausgleich ab 2016. Die Kommunen fordern mindestens 200 Millionen Euro mehr. Zudem soll das Land die Kosten für die Kindertagesstätten vollständig übernehmen. Dies würde mindestens noch einmal 200 Millionen Euro Zusatzkosten für das Land bedeuten.

LINKE, SPD und B90/Grüne haben sich noch nicht abschließend über die Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs verständigt. DIE LINKE will mit dem neuen Finanzausgleich deutliche Anreize für Gemeindeumgliederungsmaßnahmen schaffen. Von den derzeit 841 Gemeinden haben rund 560 Gemeinden weniger als 1.000 Einwohner. Nur 120 Gemeinden haben mehr als 3.000 Einwohner. Eine derartige kleingliedrige Struktur kann dauerhaft vom Land nicht finanziert werden. Zudem will die LINKE die Kindertagesstättenfinanzierung transparenter gestalten. Die Debatte ist und bleibt sicherlich bis zum Schluss spannend.

Foto: Archiv KOPOFOR

Sich einmischen für Asylsuchende



Von Dr. Beate Jonscher

Bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen stehen Kommunen vor großen Herausforderungen. Die KommunalpolitikerInnen der LINKEN sehen ihre Aufgabe einerseits darin, die Arbeit der Stadtverwaltung kritisch zu begleiten und eigene Vorschläge umzusetzen, andererseits darin, zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterstützen.

Die Fraktion DIE LINKE im Jenaer Stadtrat hatte bereits vor Jahren die Initiative ergriffen und durchgesetzt, dass AsylbewerberInnen Geld statt Gutscheine erhalten. Im Herbst 2013, als deutlich wurde, dass immer mehr

Flüchtlinge kommen, hat die Fraktion sich mit den Fragen der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen beschäftigt und durch Anfragen an die Stadtverwaltung entsprechende Informationen erlangt. Sie hat die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept zur Unterbringung und Betreuung zu erstellen sowie mehr Personal für die Arbeit mit Flüchtlingen einzustellen. Beides geschah, wenngleich mit deutlichen Verzögerungen.

Nachdem bekannt wurde, dass die Stadt aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen eine neue Gemeinschaftsunterkunft bauen würde, brachte die Fraktion eine Beschlussvorlage in den Stadtrat ein, in der gefordert wurde, Alternativen einer dezentralen Unterbringung zu prüfen.

Es konnte erreicht werden, dass die Gemeinschaftsunterkunft mit Wohnungen gebaut wurde, so dass auch hier ein gewisses Maß an Privatsphäre gewährleistet ist. Inzwischen hat sich die Situation so verändert, dass weitere Unterkünfte gebaut werden und alle Formen der Unterbringung genutzt werden müssen.

Durch eine große Anfrage zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Herbst 2014 wurden

Stadt und die Öffentlichkeit auf die Situation aufmerksam gemacht und für die Probleme sensibilisiert.

Derzeit liegt das Hauptaugenmerk auf der Betreuung der Flüchtlinge. Da wir es in diesem Jahr voraussichtlich mit der vierfachen Zahl von Menschen zu tun haben, hat die Fraktion wiederum eine personelle Aufstockung bzw. bei der Übertragung von Aufgaben auf die freien Träger die Einhaltung der gesetzlichen Standards gefordert.

Die Fraktion fordert die Erarbeitung eines Jena-spezifischen mehrsprachigen Informationsmaterials, eines Wegweisers für Flüchtlinge, aber auch für deren UnterstützerInnen.

Denn eine wichtige Aufgabe sieht die Fraktion in der Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Einzelne Mitglieder der Fraktion sowie weitere in Jena tätige Abgeordnete unterstützen die Arbeit von Jenaer Vereinen und Initiativen, indem sie selbst dort mitarbeiten, aber auch deren Fragen und Wünsche an die Verwaltung weitergeben, und ihnen helfen, diese zu klären.

Fotos: privat

In eigener Sache: Flüchtlingspolitik in Thüringer Gemeinden

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen will künftig die Erfahrungen der lokalen Politiker vor Ort veröffentlichen und allen Interessierten damit die Möglichkeit zum Austausch und zur Nachnutzung bieten.

Für die Asylsuchenden, die wöchentlich in den Kommunen eintreffen, müssen nicht nur Unterkünfte bereitgestellt werden. Die Verantwortlichen in den Verwaltungen und Trägern müssen eine Vielzahl von Aufgaben lösen, begleitet und unterstützt von kommunalen Mandatsträgern.

Dabei ergeben sich viele Fragen: Welche Erfahrungen gibt es bei der medizinischen Versorgung, der Bereitstellung von Informationen zu Anlauf- und Beratungsstellen, zu Aufnahme und Betreuung der Kinder in Kitas und Schulen, zur Integration in das Wohnumfeld und in die Kommune?

Wir wollen darüber berichten, wie die Herausforderungen in den Städten und Gemeinden bewältigt und welche Strategien dafür entwickelt werden.

Dafür brauchen wir Eure Erfahrungen und Hinweise. Sie sollen in unserem Scheinwerfer veröffentlicht werden. Das KOPOFOR bietet zudem seine Internetseite als Plattform zum Erfahrungsaustausch an:

www.kopofor-thuer.de

Erfahrungen per Mail an

info@kopofor-thuer.de

oder an die Geschäftsstelle:

Kommunalpolitisches Forum

Thüringen e. V.

Pils 29

99084 Erfurt



KOPOFOR lobt den „Kommunalen Initiativpreis 2015“ aus

Auch in diesem Jahr vergibt das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. (KOPOFOR) den „Kommunalen Initiativpreis 2015“. 2006, im Jahr des 15-jährigen Bestehens des KOPOFOR, wurde der „Kommunale Initiativpreis“ zum ersten Mal ausgelobt. Der Verein wollte damit besonders innovative kommunalpolitische Projekte, Initiativen und Strategien öffentlich bekannt und für Interessenten zugänglich machen und sie verallgemeinern.

Seit nunmehr 24 Jahren ist das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. (KOPOFOR) ein anerkannter Verein der kommunalpolitischen Bildung. Neben der Bildungsarbeit prägt der Verein die Diskussion zur Fortentwicklung kommunalpolitischer Konzepte. Zudem werden lösungsorientierte Strategien für konkrete kommunale Problemlagen entwickelt. Das KOPOFOR unterstützt die Arbeit der kommunalen Mandatsträger und kommunalpolitisch Interessierter konkret vor Ort.

In diesem Jahr soll der Preis in vier Kategorien verliehen werden:

- erfahrene KommunalpolitikerInnen, die seit mehr als 25 Jahren aktiv sind,
- junge KommunalpolitikerInnen, die seit 2009 aktiv sind und Außergewöhnliches geleistet haben,
- außergewöhnliche Ergebnisse linker Kommunalpolitik und
- Bürgerinitiativen aus dem Bereich „Kommunales“.



Preisverleihung 2014

Foto: Archiv KOPOFOR

In den vier Kategorien können Einzelpersonen, Mandatsträger, Wahlbeamte, sachkundige Bürger, Vereine, Verbände, Initiativen, Einrichtungen und Kommunen vorgeschlagen werden. Sie sollen gewürdigt werden für verallgemeinerungswürdige kommunalpolitische Projekte, Initiativen und Strategien, die im Interesse von EinwohnerInnen einen beispielhaften Beitrag zur Ausgestaltung und Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung leisten.

Solche Projekte, Initiativen und Strategien können sich beispielsweise auf folgende Bereiche, Themen und Handlungen beziehen:

- Transparenz kommunalen Verwaltungshandelns (z. B. Ausgestaltung der

Informationspflicht bei der Erhebung von Kommunalabgaben),

- intensive Einbeziehung der EinwohnerInnen in kommunale Entscheidungsprozesse (z.B. Initiativen zur demokratischen Mitbestimmung, Einbeziehung von BürgerInnen in die Arbeit des Gemeinderates und seiner Ausschüsse, Arbeit von Beauftragten und Beiräten),
- bürgerliches Engagement für die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung (z. B. Arbeit von Fördervereinen und Bürgerinitiativen),
- bürgerfreundliche Verwaltung (z.B. Öffnungszeiten der Verwaltung, Sprechstunden vor Ort),
- Sanierung, Bewirtschaftung kom-

munaler Einrichtungen durch die Einbeziehung von Einwohnerinnen und Einwohnern (z. B. Förderverein zur Betreuung eines Museums) und/oder

- bürgerfreundliche Ausgestaltung von Beitrags-, Gebühren- und Entgeltregelungen (z. B. Kindertagesstät- tengebührensatzung, Sozialticket).

Preise:

Je ein Preis wird in den Kategorien vergeben. Die Preisträger werden Gäste von LandrätInnen oder BürgermeisterInnen Thüringens sein, die dem KOPOFOR nahe stehen.

Vorschlagsberechtigt sind:

Alle Mitglieder des KOPOFOR und Interessierte sowie Kommunen. Selbstbewerbungen sind möglich.

Vorschlagsfrist:

Die Vorschläge sind schriftlich oder per Post, Fax oder E-Mail bis zum 12. Juni an die Geschäftsstelle des Kommunalpolitischen Forums zu richten:

Landesgeschäftsstelle KOPOFOR
Pilske 29
99084 Erfurt
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Fax: 0361 – 54 15 11 42

Die Vorschläge sollen beinhalten:

- eine Kurzbeschreibung des Projektes, der Strategie oder Initiative (evtl. zur besseren Anschaulichkeit ein Foto) und eine Begründung.

Preisverleihung

- voraussichtlich am 03. Juli im Thüringer Landtag. Die Ausgezeichneten können anschließend am Empfang der Landtagsfraktion DIE LINKE teilnehmen.

Nicht nur Zaungäste der Politik sein

Die Menschen müssen das Gewicht ihrer eigenen Stimme erleben. Das betonte Ralf-Uwe Beck vom Bündnis für direkte Demokratie mehrmals an diesem Abend in Gotha, beim Seminar des KOPOFOR zum Thema Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Wer Ralf-Uwe Beck kennt, weiß, dass eine solche Veranstaltung nicht trocken und lehrbuchmäßig verläuft. Die anwesenden Teilnehmer, die politische Verantwortung übernommen haben in Gotha, Erfurt, Weimar, Eisenach, Arnstadt und Bad Salzungen, mussten zu Beginn selbst erst einmal gemeinsam erarbeiten, was sie unter direktdemokratischen Formen der Bürgerbeteiligung verstehen und wie sie es erleben. Schnell waren wir uns einig, dass die Bürgerbeteiligung insgesamt auszubauen ist und wir eine andere Beteiligungskultur finden müssen. Denn nur zu beklagen, dass immer Weniger wählen gehen, reicht eben nicht.

Dazu gehört beispielsweise die aufsuchende Beteiligung. Das bedeutet, die BürgerInnen sollten von Beginn an einbezogen werden in wichtige Entscheidungen der Kommune. Zu

den Menschen vor Ort den Kontakt suchen und wichtige Vorhaben besprechen, bevor Verträge unterschrieben und unumkehrbar sind, ihre Vorschläge ernst nehmen und die Ideen als Gewinn und nicht als lästige Einmischung verstehen – das wäre ein Ziel für die Zukunft. Hamburg gilt mit seinem Informationsfreiheitsgesetz als Vorreiter für Transparenz. Das Gesetz sieht vor, dass alle Verträge zur öffentlichen Daseinsvorsorge ab einer Schwelle von 100.000 Euro automatisch in einem neuen Informationsregister veröffentlicht werden.

Der Eisenacher Ralf-Uwe Beck, Bundessprecher von „Mehr Demokratie“ möchte mit dafür sorgen, dass sich Bürger nicht als Zaungäste der Politik verstehen, sondern als unabdingbare Bereicherung. Wenn das gelänge, dann würden dieser Einladung, wie Beck sagt, wohl auch deutlich mehr Menschen Folge leisten.

So sollen sich Bürger besser in Angelegenheiten einmischen können, die sie betreffen. Ein Problem dabei könnte der Lernprozess sein, dass der eigene Wille womöglich nicht mehrheitsfähig ist – und Teilnehmer bei basisdemokratischen Abstimmungen



Immer in Bewegung: R.-U. Beck in Gotha

Foto: Archiv KOPOFOR

auch damit umgehen müssen, dass sie unterliegen können. Repräsentative Demokratie wird durch direkte Demokratie repräsentativer.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass diese letztlich auch aufwendige Beschäftigung mit Politik im nächsten Umfeld und auf Landesebene bei vielen Bürgern gut ankommen wird. Jedenfalls dann, wenn sie wissen, dass sie gehört werden.

Beck setzt auf eine starke parlamentarische Demokratie und auf eine starke direkte Demokratie. Denn das ist kein Gegensatz und schon gar nicht müssen aus seiner Sicht etwa Land-

tagsabgeordnete oder Kommunalparlamentarier um das Gewicht ihrer Aufgaben fürchten. Beck sagt: „Repräsentative Demokratie wird durch direkte Demokratie repräsentativer.“

Das Resümee unseres Seminars, mit zahlreichen konkreten Beispielen aus der Praxis: Näher ran an die Menschen! Und vieles tun, um ihnen die Beteiligung zu erleichtern. Schließlich muss spürbar werden, dass Beteiligung Wirkung hat. Das heißt: mehr aufsuchende Bürgerbeteiligung und Selbstwirksamkeitserfahrung.

Text: Heidrun Sedlacik

Facebook, Twitter & Co.



Facebook, Twitter & Co. Soziale Netzwerke – eine Einführung nicht nur für Kommunalpolitiker

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen bietet mit dieser Publikation eine Art Gebrauchsanleitung für KommunalpolitikerInnen und Interessierte für die sozialen Netzwerke an.

Nach einführenden Worten zur Nutzung des Internet durch verschiedene Alters- und Personengruppen, zu sozialen Netzwerken allgemein und zum

Unterschied zwischen Web 1.0 „nur lesen“ und 2.0 „lesen und schreiben“ stellt der Autor Stefan Wogawa anhand von zahlreichen praktischen Beispielen die sichere und zielgerichtete Nutzung von Facebook, Twitter und Co dar. Im besonderen Fokus stehen dabei die Grundregeln, an die sich Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen halten sollten, wenn sie in den Netzwerken unterwegs sind. Es werden verschiedene Kommunikationstypen vorgestellt und beispielhaft erläutert. Der Umgang mit Kritik ist von großer Bedeutung, um Angriffen und Attacken vorzubeugen und gelassen zu reagieren. Schließlich werden wichtige Hinweise zur Daten- und Computersicherheit und zum sicheren Surfen gegeben.

Autor: Stefan Wogawa, Jg. 1967, ist Soziologe und Wissenschaftshistoriker, Mitglied im Kreistag Weimarer Land und im Stadtrat Blankenhain

Herausgeber: Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

Die Publikation kann beim Kommunalpolitischen Forum Thüringen für eine Schutzgebühr von 5,90 Euro erworben werden.

Pressearbeit für Kommunalpolitiker

Eine erfolgreiche kommunalpolitische Tätigkeit kann nur mit Hilfe guter Pressearbeit funktionieren. Die Grundregeln dafür sind eigentlich ziemlich simpel, werden aber trotzdem sehr, sehr oft vernachlässigt. Mehr als alles hat das häufig gravierende Folgen.

Wer hat sich nicht schon mal geärgert, dass seine Mitteilung nicht veröffentlicht wurde oder die Veröffentlichung nicht seinen Vorstellungen entsprach. Mangelnde oder falsche Kommunikation mit den Vertretern der Presse und Unsicherheit im Umgang mit Redakteuren können vermieden werden.

In diesem Seminar sollen diese einfachen Grundregeln erklärt und Kenntnisse vermittelt werden, mit denen Pressearbeit zielgerichtet betrieben werden kann.

Neben praxisbezogenen Erläuterungen zum Thema wird auch ausreichend Platz für Fragen aus dem kommunalpolitischen Alltag sein. Anhand von kleinen Übungen kann das Erfahrene dann auch direkt getestet werden.

Folgende Themenschwerpunkte werden vermittelt und diskutiert:

1. Die Presselandschaft in Thüringen – eine Einführung und Umgangsregeln
2. Die Pressemitteilung – Sinn, Aufbau und andere Formalia

3. Die Krisenkommunikation – was tun, wenn es qualmt und dampft?

Termin: Mittwoch, den 03. Juni

Ort: Erfurt, Landtag Raum 201

Zeit: 17.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Referent: Dr. Sebastian Haak, freier Nachrichtenjournalist

Anmeldung bitte unter
info@kopofor-thuer.de oder
Fax 0361 – 54 15 11 42



Wohnungspolitische Konferenz



Das Kommunalpolitische Forum Thüringen lädt in diesem Jahr zur „Wohnungspolitischen Konferenz“ nach Ronneburg ein.

Vielerorts stellt sich heute die Frage, wie wir auch in Zukunft qualitativ guten Wohnraum zu bezahlbaren Preisen ausreichend zur Verfügung stellen können. Die örtlichen Bedingungen sind verschieden. In den kreisfreien Städten Erfurt, Jena, Weimar ist Wohnraum jetzt schon knapp und auch Normalverdiener haben Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

In den kleineren Städten, Gemeinden und Landkreisen, die von der Abwanderung betroffen sind, stellt sich die Frage ganz anders. Dort möchte man durch gute Angebote wieder Zuzug ermöglichen. Überall jedoch wird die Bevölkerung älter und dementsprechend müssen auch der Wohnraum und das Wohnumfeld sich den Bedürfnissen von Senioren anpassen. Dazu kommt noch ein weiteres Problem: In jedem Jahr steigt die Zahl derer, die auf Grund von niedrigem Einkommen oder gebrochenen Lebensläufen keinen Anspruch auf Altersrente haben. Diese erhalten

Grundsicherung im Alter, wobei die Kosten für die Unterkunft an die Richtlinien des ALG II angelehnt sind. Das wird eine besondere Herausforderung für die Kommunen. Denn barrierefreien Wohnraum zu schaffen, dessen Mietzins diese Richtlinien nicht übersteigt, ist mit den heutigen Baukosten kaum möglich.

Schwerpunkte

Die Wohnungspolitische Konferenz wird sich mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- Bestandsaufnahme: Situation in Thüringen
- Sozialer Wohnungsbau
- Mietpreisbremse
- Fördermöglichkeiten
- Qualifizierter Mietspiegel /Kosten der Unterkunft

Termin: Samstag, den 13. Juni

Ort: Ronneburg, Hotel Gambrinus, Markt 40,

Zeit: 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Anmeldung bitte **bis 08. Juni** unter info@kopofor-thuer.de oder per Fax unter 0361 – 54 15 11 42

Foto: Archiv KOPOFOR

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Pilske 29
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de

Das KOPOFOR Thüringen erhält als Bildungsverein, der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).

Foto: Peter Franz/pixelio.de